Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8537**

17. Wahlperiode 03. 02. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Februar 2012

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Barthel, Klaus (SPD)	29, 30
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66
Binding, Lothar (Heidelberg) (SPD)	4, 5
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	36, 37
Duin, Garrelt (SPD)	25, 78
Ehrmann, Siegmund (SPD)	18, 19
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	50
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 79
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85
Groß, Michael (SPD)	72
Hagemann, Klaus (SPD)	56, 84
Hempelmann, Rolf (SPD)	26, 27
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	8, 9
Höger, Inge (DIE LINKE.)	68, 75
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	54, 55
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	33, 34
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	22
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71
Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	6, 7
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Krüger-Leißner, Angelika (SPD)	20, 21
Lischka, Burkhard (SPD)	45, 46
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	43, 44
Marks, Caren (SPD)	69, 70
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	35, 47
Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	31, 32
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 73
Paula, Heinz (SPD)	61, 74
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Pflug, Johannes (SPD)	38, 39
Dr. Raabe, Sascha (SPD)	1, 2
Rebmann, Stefan (SPD)	10, 11
Röspel, René (SPD)	82, 83
Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	14, 15
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Schwabe, Frank (SPD)	3
Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	12, 13
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	62, 63
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	48, 49

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

An welchem Tag hat das vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seiner Antwort vom 27. Januar 2012 auf meine Mündliche Frage vom 25. Januar 2012, Plenarprotokoll 17/154, zugegebene Telefonat mit Gabriela Büssemaker stattgefunden, und an welchen Tagen fanden im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis 17. Januar 2012 weitere Gespräche (Telefonate, persönliche Gespräche usw.) oder Kommunikation (Briefe, E-Mails usw.) zwischen dem Bundesminister und Gabriela Büssemaker statt?

2. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

Warum haben nicht mehr mit allen drei verbleibenden Kandidaten für die Leitungsstelle der Servicestelle „Engagement Global“ abschließende Auswahlgespräche im Januar 2012 stattgefunden, so wie es nach den Bewerbergesprächen am 21. Dezember 2011 zugesagt wurde, und auf welcher Entscheidungsgrundlage hat der Bundesminister Dirk Niebel ohne mit allen drei Kandidaten gesprochen zu haben dann seine Auswahl getroffen?

3. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Welche Funktion im BMZ hat der ehemalige Projektleiter der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras, Christian Lüth, und ist seine Anstellung nicht eine Belastung für die Glaubwürdigkeit deutscher Entwicklungspolitik?

4. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Welche Projekte mit welchem Volumen wurden direkt von Tom Pätz, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für den Bereich International Services akquiriert, und in welchem Verhältnis stehen die Volumina der neu akquirierten ertragreichen Projekte zu den verursachten Kosten (Personal, Fahrzeuge, Flugkosten etc.)?

5. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung aus entwicklungspolitischer Sicht die Auslagerung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in das Auswärtige Amt, obwohl diese Auslagerung in dem jetzt vorliegenden Gutachten nicht empfohlen und das Parla-

ment erst nach Vollzug unterrichtet wurde, und wie wird das BMZ sicherstellen, dass die kurzfristige Hilfe weiterhin abgestimmt und nachhaltig mit den anschließenden mittel- und langfristigen entwicklungspolitischen Maßnahmen verbunden wird?

6. Abgeordnete **Dr. Bärbel Kofler** (SPD)

Warum wurde die bereits mehrfach in Aussicht gestellte und letztlich für den September 2011 angekündigte Bildungsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bis zum heutigen Tag nicht veröffentlicht, und wie will der Bundesminister Dirk Niebel seinen strategischen Plan mit dem Titel „Zehn Ziele für Bildung – BMZ Bildungsstrategie 2010–2013“ in der verbleibenden Zeit bis September 2013 noch umsetzen?

7. Abgeordnete **Dr. Bärbel Kofler** (SPD)

Wie will der Bundesminister Dirk Niebel die inhaltlichen Ziele der angekündigten Bildungsstrategie angesichts des seit zwei Jahren stagnierenden entwicklungspolitischen Haushaltes mit den nötigen finanziellen Mitteln unterfüttern, und wie viel Prozent der ODA-anrechenbaren (ODA = öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) Mittel des BMZ für Bildung werden zukünftig zur Förderung der Grundbildung in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt?

8. Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Mit welcher Begründung streicht die Bundesregierung die Republik Senegal aus der Gruppe der Länder der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Länderprogrammen mit den drei bisherigen Schwerpunkten „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“, „Förderung der Dezentralisierung und lokalen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Friedensentwicklung in der Casamance“ sowie „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und handelt damit entgegen dem Rat unter anderem der vor Ort arbeitenden deutschen politischen Stiftungen und anderer Nichtregierungsorganisationen, und was wird der zukünftige einzige Schwerpunkt im Rahmen der deutschen bilateralen EZ mit dem Land als Kooperationsland mit fokussierter regionaler oder thematischer Zusammenarbeit sein?

9. Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Welche Auswirkungen haben die Gewaltausbrüche in Nigeria auf laufende entwicklungspolitische Projekte?

10. Abgeordneter **Stefan Rebmann** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, auch vor dem Hintergrund des Beschlusses der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. November 2011, Nordafrika und besonders „Libyen beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen“ zu unterstützen und der Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 2011, eine künftige Zusammenarbeit mit Libyen sei nicht auszuschließen, wenn neue politische Verhältnisse kommen, die jüngst überprüfte Länderliste des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Blick auf Libyen zu ändern?

11. Abgeordneter **Stefan Rebmann** (SPD)

Wenn nein, wäre im Zuge der neuen Vereinbarung zwischen dem Auswärtigem Amt (AA) und dem BMZ, die vorsieht, dass die Not- und Soforthilfe bei Katastrophen und humanitären Krisen künftig ins AA verlagert wird und sich das BMZ eher „auf die mittel- bis langfristig orientierte Hilfe“ konzentrieren soll, nicht zu erwarten, dass das BMZ mehr Verantwortung für den Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft auch in Libyen übernimmt?

12. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Welche Maßnahmen zur Ernährungssicherung erwägt die Bundesregierung, um Fehlentwicklungen an den Terminbörsen bei Agrarrohstoffen zu verhindern und führ mehr Transparenz, insbesondere beim außerbörslichen OTC-Handel, zu sorgen, damit Entwicklungsländer die Ernährung ihrer Bevölkerung sichern können?

13. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Sieht die Bundesregierung aus entwicklungspolitischer Sicht die Möglichkeit, eine Besteuerung der Nahrungsmittelspekulation im Rahmen einer geplanten Finanztransaktionsteuer mit einzubeziehen, um hier zusätzliche Finanzmittel für die entwicklungspolitischen Ziele des Zehn-Punkte-Programms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Ernährungssicherheit zu erhalten?

14. Abgeordnete **Karin Roth (Esslingen)** (SPD)

In welcher Form beabsichtigt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die neue Rohstoff-Allianz deutscher Unternehmen zu unterstützen und zu fördern, und wie stellt das BMZ sicher, dass bei der durch die Bundesregierung (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und BMZ) geförderten und unterstützten Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Rohstoffsicherung im Ausland die von der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp in der Pressemitteilung vom 1. Februar 2012 besonders hervorgehobenen „hohen Umwelt- und Sozialstandards“ eingehalten werden?

15. Abgeordnete **Karin Roth (Esslingen)** (SPD)

Wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach dem Rücktritt des Exekutivdirektors des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria Dr. Michel Kazatchkine zum 16. März 2012 und der Ernennung von Gabriel Jaramillo zum General Manager die erste Tranche der 200 Mio. Euro für 2012 freigeben?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

16. Abgeordneter **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Arbeitsschritte plant die Bundesregierung, um die Ankündigungen des Integrationsgipfels, der am 31. Januar 2012 stattgefunden hat, umzusetzen?

17. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die immer wieder geäußerte Kritik berücksichtigen, dass auf den Integrationsgipfeln die Rechte von Einwanderern ausgeklammert werden und die erleichterte Einbürgerung, das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und den Familiennachzug bei dem nächsten Integrationsgipfel thematisieren, und wenn nein, warum nicht?

18. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Wann wird die zentrale Zugangsplattform der Deutschen Digitalen Bibliothek öffentlich online gehen, und wo bzw. von welchen Einrichtungen werden die dort hinterlegten Daten in Zukunft verwaltet und gepflegt werden?

19. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den von fast allen Experten der Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zur Digitalisierung des Kulturerbes am 25. Januar 2012 festgestellten finanziellen Bedarf für die Digitalisierung von Kulturgütern in Höhe von rund 30 Mio. Euro jährlich?

20. Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die vom Deutschen Bundestag im Antrag „Das deutsche Filmerbe sichern“ (Bundestagsdrucksache 16/8504) geforderte und vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, angekündigte Änderung des Bundesarchivgesetzes vornehmen, um eine Pflichtregistrierung für deutsche Kinofilme einzuführen?

21. Abgeordnete **Angelika Krüger-Leißner** (SPD)

Plant die Bundesregierung, die im – dem Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 1. Juli 2009 vorgelegten – Positionspapier des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) als von ihm sinnvoll erachtete Grundlagenstudie durchzuführen, um den Archivierungsbedarf sowie den Kosten- und Personalaufwand für eine der Pflichtregistrierung im zweiten Schritt folgende generelle Pflichthinterlegung zu ermitteln, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

22. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit die Nutzer von Nachtspeicherheizungen von der Entrichtung von Netznutzungsentgelten befreit werden?

23. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung welche konkreten Änderungen von Gesetzen bzw. Verordnungen beschließen (oder den Koalitionsfraktionen entsprechende Formulierungshilfen zur Verfügung stellen) bzw. in Kraft setzen, die die Förderung von unkonventionellem Erdgas und/oder die Anwendung des sog. Fracking bei der Gasförderung regeln?

24. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für ein verbindliches 1,5-Prozent-Ziel in Artikel 6 der EU-Energieeffizienz-Richtlinie im Rahmen der momentanen Beratungen unter den EU-Mitgliedstaaten (hier insbesondere der Bemühungen Dänemarks) ein, und wenn nein, warum nicht?

25. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Welche abgestimmte Position wird die Bundesregierung am 14. Februar 2012 bei der Sitzung des europäischen Energieministerrates zur Energieeffizienz-Richtlinie der EU und hier insbesondere zur Kernfrage einer Verpflichtung, jedes Jahr 1,5 Prozent Energieeinsparung zu realisieren, vertreten?

26. Abgeordneter **Rolf Hempelmann** (SPD)

Plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten hohen Energieeffizienzniveaus der deutschen Industrie, am 14. Februar 2012 bei der Sitzung des europäischen Energieministerrates zur Energieeffizienz-Richtlinie der EU sich für eine Anerkennung sogenannter early actions im Richtlinienentwurf einzusetzen?

27. Abgeordneter **Rolf Hempelmann** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung einen Verordnungsvorschlag zur Umrüstung von 315 000 Photovoltaikanlagen aufgrund der sogenannten 50,2-Hertz-Problematik vorlegen, in dem auch die Kostenträger dieser Maßnahme festgelegt werden?

28. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, die Photovoltaikleistung in Deutschland auf insgesamt 33,3 Gigawatt völlig unabhängig von der Kosten- und Vergütungsentwicklung bei der Photovoltaik deckeln will, und trifft es zu, dass sich der Bundeswirtschaftsminister dabei auf eine vor der Zeit der Energiewende erstellte Studie beruft, die in dem Szenarioteil für den erwarteten Ausbau der erneuerbaren Energien

vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI) erstellt wurde, das zu einem relevanten Teil von E.ON und RWE finanziert wird, und dessen Leiter eine Stiftungsprofessur hat, die von E.ON, RWE, Vattenfall Europe Mining sowie der RAG finanziert wird (SPIEGEL ONLINE vom 27. August 2010)?

29. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung mit Blick auf Artikel 87f des Grundgesetzes, die Finanzverfassung des Grundgesetzes, die kommunalrechtlichen Bestimmungen, das europäische Beihilferecht und das europäische Telekommunikationsrecht über eine vollständige Aufstellung der von 2008 bis 2011 tatsächlich ausbezahlten Fördermittel der EU, des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen für den Breitbandausbau, bzw. bis wann wird diese vorliegen?

30. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

In welcher Höhe haben die Kommunen von 2008 bis 2011 Fördermittel für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

31. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche Vorschläge zur Verbesserung der demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors in Nigeria hat die Bundesregierung in die binationale Kommission zur Stärkung der Beziehungen zu dem südwestafrikanischen Land eingebracht?

32. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche Vorschläge zur Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation Nigerias sowie zum Aufbau einer sozial gerechten und nachhaltigen Wirtschaft hat die Bundesregierung in die binationale Kommission eingebracht?

33. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung in Bezug auf die Aussagen des britischen Premierministers David Cameron, der bei seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 25. Januar 2012 forderte, die Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) auf „schwerste Grundrechtsverletzungen“ zu beschränken und nationalen Gerichten „die endgültigen gerichtlichen Entscheidungen“ zu überlassen, und welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung vorzunehmen, um einem daraus resultierenden Bedeutungsverlust des EGMR entgegenzuwirken?

34. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Regelungen treffen existierende Abkommen der Europäischen Union sowie der Bundesregierung mit Kasachstan hinsichtlich der Bereiche Inneres und Justiz, insbesondere zu Polizeizusammenarbeit, Ausbildung, Austausch von Daten, Asyl, Rückübernahme, Maßnahmen gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Terrorismus, und wie ist die Haltung der Bundesregierung bezüglich dieser Maßnahmen innerhalb des zukünftigen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Kasachstan vor dem Hintergrund der offenen Drohung des Präsidenten Nursultan Nasarbajew, nach dem von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat kritisierten Ablauf der Präsidentschaftswahlen zukünftig keine unabhängigen Wahlbeobachter mehr einreisen zu lassen (www.inform.kz/eng/article/2434334)?

35. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Inwiefern ist die durch den Botschafter Walter Lindner während seines Namibia-Besuchs am 1. Februar 2012 gegenüber dem namibischen Minister für Jugend, Nationale Dienste, Sport und Kultur Kazenambo und der Presse geäußerte Entschuldigung für „fürchterliche Gräueltaten, Blutvergießen, Brutalität und Rassismus“ (vgl. Artikel „Govt to take a stand on reparations“, NEW ERA vom 3. Februar 2012) als offizielle Anerkennung und Entschuldigung seitens der Bundesregierung für einen durch das deutsche Kaiserreich zwischen 1904 und 1908 an den Herero, Nama, Damara und San verübten Völkermord durch die deutsche „Schutztruppe“ zu verstehen, und inwieweit verbindet dies die Bundesregierung nun damit, in einen umfassenden, zielgerichteten und strukturierten Dialog ohne Vorbedingungen mit der namibischen Regierung unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerungsgruppen einzutreten, das heißt, ohne Auslassung einer Klärung auch der Wiedergutmachungsfrage außerhalb des Rechtsrahmens der Entwicklungszu-

sammenarbeit, wie es noch die 2004 von deutscher Seite aus einseitig angekündigte und später implementierte „Sonderinitiative“ für die „betroffenen Gebiete“ Namibias vorsah?

36. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen haben die von der Europäischen Union, bereits in einer zehnten Sanktionsrunde, verhängten umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen Syrien und den Iran im Bereich der Gewährleistung des Zugangs der zivilen Bevölkerung zu elementaren Gütern (wie z. B. Medikamente, Nahrungsmittel, Energie), bzw. wie wirken sich die verhängten Sanktionen auf Arbeitslosigkeit und Kaufkraft der betreffenden Landeswährungen aus?

37. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Womit begründet die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, ihre in einer Pressemitteilung vom 31. Januar 2012 (www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2012/120131_Senegal.html) geäußerte Hoffnung, dass die Ende Februar dieses Jahres anstehenden Präsidentschaftswahlen „frei, fair und friedlich ablaufen“ könnten, nachdem der dem amtierenden Präsidenten Abdoulaye Wade nahestehende Verfassungsrat diesem, entgegen dem Wortlaut der Verfassung, eine dritte Amtszeit ermöglicht und aussichtsreiche Kandidaten von der Wahl ausgeschlossen hat – was im Übrigen zu Protesten führte, über die sich die Staatsministerin Cornelia Pieper in o. g. Pressemitteilung „besorgt“ zeigte –, und wie begründet das Auswärtige Amt vor dem Hintergrund des immer offener zu Tage tretenden autoritären Regierungsstils des Präsidenten Abdoulaye Wade, dass, neben der bereits in der Vergangenheit durchgeführten militärischen und polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für den Senegal und der durch das Auswärtige Amt mitfinanzierten Ausbildung senegalesischer Polizisten im Rahmen der UNAMID-Mission, der Senegal im erst Mitte Januar dieses Jahres im Haushaltsausschuss gebilligten „Vierjahresprogramm 2013–2016 für die Ausstattungshilfe der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte“ als eines von neun Ländern (Ghana, Mali, Namibia, Tansania, Nigeria, Äthiopien, Kenia und Angola) genannt wird, in den kommenden Jahren militärische Ausstattungshilfe erhalten soll?

38. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Welche Auswirkungen für das deutsche Engagement in Afghanistan, insbesondere mit Blick auf zukünftigen Umfang, Auftrag und Fähigkeiten des deutschen ISAF-Kontingentes, erwartet die Bundesregierung von der Ankündigung des US-Verteidigungsministers Leon Panetta vom 1. Februar 2012, dass die US-Streitkräfte in Afghanistan ab 2013 ihre Kampfeinsätze im Wesentlichen beenden und sich auf Training und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte konzentrieren werden?

39. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Wurde die Bundesregierung von der amerikanischen bzw. der französischen Regierung vorab über die jeweiligen Abzugspläne aus Afghanistan für 2013 konsultiert, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung innerhalb oder außerhalb der NATO, um einen gemeinsamen, koordinierten Abzugsplan der Alliierten aus Afghanistan zu erstellen, um den Zusammenhalt der Allianz nicht zu gefährden?

40. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie oft hat Abdul Rashid Dostum in den vergangenen zehn Jahren um die Erteilung eines deutschen Visums ersucht, und aus welchen Gründen wurden seine Ersuche abgelehnt?

41. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen (u. a. AFP vom 2. Februar 2012) über die um ein Jahr vorgezogene Beendigung der NATO-Kampfeinsätze, insbesondere des Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, dass die NATO bereits Mitte 2013 die letzten Provinzen in Afghanistan an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben will, des US-Verteidigungsministers Leon Panetta, dass der Kampfeinsatz der US-Truppen bis Ende nächsten Jahres in eine reine Ausbildungs- und Beratungshilfe umgewandelt wird und des Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, dass Frankreich seine Kampftruppen bereits bis Ende 2013 abziehen wird, und besteht die Bundesregierung wirklich darauf, die Kampfeinsätze von NATO und Bundeswehr – letztere möglicherweise als letzte internationale Kampftruppe – mindestens bis Ende 2014 fortzusetzen (wie der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, am 2. Februar 2012 in der ARD-Tagesschau betonte), oder wird sie nunmehr auch einer deutlich rascheren Beendigung der Kampfeinsätze zustimmen und dazu beitragen, dass der Krieg aufhört?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

42. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zu Zahlen, Fraktions- sowie Parlamentszugehörigkeiten der seit 2009 von Geheimdiensten des Bundes – sowie nach Regierungskenntnis auch der Länder – in Akten oder Dateien gezielt erfassten deutschen Abgeordneten (bitte auch aufgliedern nach Diensten, mit/ohne nachrichtendienstliche Mittel, Jahren), und schließt die Bundesregierung – auch anhand der Protokolle gelöschter Daten – aus, dass diese Behörden ab 1995 abermals heimlich Daten auch über Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhoben, wie dies Anfang der 80er-Jahre Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz sogar mit nachrichtendienstlichen Mitteln in großem Umfang taten (vgl. DIE ZEIT vom 20. Dezember 1985; Bundestagsdrucksache 10/6584, S. 124 bis 129)?

43. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Mitglieder der Bundesregierung nehmen an der Gegendemonstration zu dem Naziaufmarsch in Dresden am 13. bzw. am 18. Februar 2012 teil?

44. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wann und wo haben Mitglieder der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode an einer Demonstration gegen Nazis teilgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

45. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Trifft es zu, dass im Bundesministerium der Justiz seit Januar 2010 externe Beratungsleistungen zur Unterstützung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingekauft wurden?

46. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Trifft es ebenfalls zu, dass externe Beratungsleistungen für die politische Planung und die strategische Ausrichtung des Bundesministeriums der Justiz mit besonderem Bezug zum Aufgabenreich des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Max Stadler eingekauft wurden?

47. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Gibt es neben dem europäischen interinstitutionellen Dossier 2011/0166 (NLE) weitere Dokumente und Protokolle, die mit dem Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) in direktem Zusammenhang stehen, die für die Auslegung des Vertragstextes relevant sind und die den Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht zugänglich sind, und wenn ja, welche?

48. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung Befürchtungen vieler Fachleute, dass das stark umstrittene internationale Handelsabkommen gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen ACTA die Medizinversorgung armer Länder gefährden könne, da die für viele Länder des Südens überlebensnotwendigen Billigmedikamente zukünftig verstärkt Fälschungen gleichgestellt würden und beim Transit durch Europa beschlagnahmt werden könnten, obwohl diese legal hergestellten Generika im Import- und Exportland zugelassen sind?

49. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)

Welche Folgen hätten Häufungen solcher Beschlagnahmungen legal hergestellter Generika nach Inkrafttreten der ACTA-Normen für den Zugang armer Länder zu Medikamenten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

In welchem Umfang sind die derzeit emittierten Anleihen der Staaten Italien, Portugal und Spanien jeweils nach einheimischem Recht begeben (bitte auch benennen, welchen Anteil das jeweils am gesamten Anleihebestand ausmacht), und wäre es für die betreffenden Länder nach derzeitiger Rechtslage im Fall eines Austritts aus der Eurozone gegenwärtig möglich, die nach einheimischem Recht begebenen Anleihen in die nach dem Euroaustritt eingeführte Währung umzutauschen (und in der Folge mit der neuen Währung ab- oder aufzuwerten)?

51.	Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Inwiefern hat die Bundesregierung vorgeschlagen, aus der Haushaltshoheit des griechischen Staates Entscheidungskompetenzen auf einen europäischen Kommissar abzugeben, und auf welcher Rechtsgrundlage sollte jener diese Kompetenz ausüben können?
52.	Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie verhält sich der Inhalt dieses Vorschlags zum Europarecht und für den Fall einer analogen Anwendung auf Deutschland zum Grundgesetz?
53.	Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie bewertet die Bundesregierung einen parallelen Betrieb der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus (ESM), und schließt die Bundesregierung weitere finanzielle Hilfen für den Staat Griechenland aufgrund der Aussagen des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, dass keine zusätzlichen Beiträge des öffentlichen Sektors nötig seien, kategorisch aus?
54.	Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)	Stimmt die Bundesregierung den Aussagen des Bundesrechnungshofes zu, wonach die steuerliche Gewinnermittlung nach Durchschnittssteuersätzen zu massiven und nicht gerechtfertigten Begünstigungen von Land- und Forstwirten führt, und auf welchen Wert schätzt die Bundesregierungt die steuerliche Begünstigung insgesamt, die nicht mehr im Subventionsbericht angegeben wird?
55.	Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)	Welche steuerlichen Besonderheiten ergeben sich für Arbeitnehmer bei der Inanspruchnahme der Regelungen nach dem Familienpflegezeitgesetz und den damit verbundenen Sonderzahlungen der Aufstockung bzw. Rückzahlung, und wie sind Ausgaben für die Familienpflegezeitversicherung steuerlich zu behandeln?
56.	Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)	Welche Kriterien – ggf. unter Angabe der Gewichtung – sind im Einzelnen für die Zubilligung der Höhe der sogenannten Unternehmereigenschaft des § 2 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes an Wissenschaftsorganisationen maßgeblich, und wie beurteilt die Bundesregierung den Vollzug dieser Regelung

im Bereich der Forschungsorganisationen durch die Finanzverwaltungen der Länder – unter Angabe der Gesamtzahl der seit 2007 in diesem Bereich vorgenommenen Veränderungen?

57. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern gilt für die von der Entscheidung XI R 6/08 des Bundesfinanzhofes vom 23. November 2011 direkt oder potentiell betroffenen Steuerpflichtigen Vertrauensschutz (bitte zeitliche und inhaltliche Dimension erläutern)?

58. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe erwartet die Bundesregierung aufgrund des Urteils eine Änderung des Aufkommens aus der Umsatzsteuer?

59. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Rechtslage sieht die Bundesregierung bei der Abgrenzung von Lieferungen von Lebensmittelzubereitungen, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, zu Dienstleistungen, die dem Regelsteuersatz unterliegen, im Fall der Mitlieferung von zusätzlichen Dienstleistungselementen wie Bänken, Tischen oder Tellern bei der Lebensmittellieferung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesfinanzhofes vom 23. November 2011 (XI R 6/08) nunmehr als gegeben an?

60. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die nun bestehende Rechtslage präzisieren, etwa durch ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen, und wenn ja, wann?

61. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die seit 2008 bestehende Eigenheimrente (Wohn-Riester) in ihrer Wirksamkeit als Instrument zur Altersvorsorge, und was unternimmt sie, um die Akzeptanz zu steigern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

62. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche Aktivitäten gab es seitens der Bundesregierung zur Senkung der Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten, und wie bewertet die Bundesregierung die dabei erzielten Ergebnisse auch mit Blick auf die Sendung REPORT MAINZ vom 31. Januar 2012, in der u. a. dargestellt wurde, dass 182 390 schwerbehinderte Menschen im Januar 2012 arbeitslos waren und damit ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit weiter gestiegen ist, andererseits rund die Hälfte aller DAX-Unternehmen die gesetzliche Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte von 5 Prozent nicht erfüllen?

63. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Menschen mit Behinderung waren in den Jahren 2009, 2010 und 2011 in Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt, und wie viele von ihnen konnten (in den einzelnen Jahren) in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden?

64. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie viele Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit werden direkt von der geplanten Neuorganisation (Projekt NEO) in Form von Versetzung, Qualifizierung, Wechsel des Aufgabengebietes, Änderung des Stellenzuschnitts, Herabstufung in eine andere Tätigkeitsebene und Freisetzung betroffen sein, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass nach Durchführung der Reform die Anzahl der Agenturen für Arbeit den 40 neu gebildeten Operativen Services (OS) angepasst wird?

65. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Neuorganisation der Bundesagentur für Arbeit auf Arbeitslose/Arbeitsuchende, angesichts der Fusionen von Agenturen für Arbeit und möglichen Schließungen von Geschäftsstellen (aufgrund der Definition von Mindestgrößen), hinsichtlich Betreuungsqualität und Erreichbarkeit ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

66. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung, deren erklärtes Anliegen es ja ist, die Arbeitsbedingungen für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zu verbessern, die Forderung, die im Bundeswaldgesetz festgelegten Aufgaben der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen, die anders als die Mindestaufgaben der Forstbetriebsgemeinschaften nicht eigenständig erweitert werden dürfen, um die Durchführung forstwirtschaftlicher Maßnahmen zu erweitern, und gibt es dafür ggf. schon entsprechende Pläne?

67. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den aktuellen Änderungsvorschlag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu § 35 des Baugesetzbuchs im Hinblick auf die Privilegierung von Intensivtierhaltungsanlagen im Außenbereich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

68. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung die Richtigkeit von Medienberichten (dapd vom 31. Januar 2012) bestätigen, nach denen der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, auf die Frage, ob Deutschland nach einem Jahrzehnt Militäreinsatz am Hindukusch ein kriegführendes Land wie jedes andere sei, geantwortet haben soll, „Nein, noch nicht […] Aber wir sollten es sein!“, und sieht die Bundesregierung in einer solchen Äußerung einen möglichen Widerspruch zu Artikel 26 des Grundgesetzes, der die Führung von Angriffskriegen verbietet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

69. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der am 26. Januar 2012 in einem bilateralen Gespräch (siehe „Brüssel protestiert gegen das Betreuungsgeld", Süddeutsche Zeitung vom 31. Januar 2012) geäußerten Kritik am Betreuungsgeld, und wie wird sie konkret auf diese Kritik reagieren?

70. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in dem Gespräch am 26. Januar 2012 geäußerte Auffassung, dass die Einführung eines Betreuungsgeldes zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen kontraproduktiv wäre, und wenn nein, warum nicht?

71. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann plant die Bundesregierung, das 3. Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zu ratifizieren, das am 19. Dezember 2011 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde, und inwiefern wirbt die Bundesregierung gegenüber anderen Staaten für eine Ratifizierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

72. Abgeordneter **Michael Groß** (SPD)

Gibt es im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Übersicht und Auswertung der Entwicklung der Projekte des Programms „Soziale Stadt" seit der Verringerung der Haushaltsmittel hinsichtlich der Projektentwicklung insgesamt und insbesondere der vorzeitigen Beendigung von Projekten?

73. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lautet der aktuelle Änderungsvorschlag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu § 35 des Baugesetzbuchs im Hinblick auf die Privilegierung von Intensivtierhaltungsanlagen im Außenbereich?

74. Abgeordneter **Heinz Paula** (SPD)

Welche zusätzlichen Anreize gibt die Bundesregierung an private Immobilienbesitzer, um die energetische Sanierung des Gebäudebestandes in Deutschland zu fördern, und mit welchen Beträgen wurden die entsprechenden Maßnahmen gefördert?

75. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung bezüglich der durch eine vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) am 30. Januar 2012 veröffentlichte Studie belegten Tatsache, dass Verstöße gegen das Verbot des Transports von Rüstungsgütern besonders häufig auf Schiffen deutscher Schiffseigner stattfinden, ergreifen, damit zukünftig dieses laut dem Zitat des Mitherausgebers der Studie, Hugh Griffiths, „schmutzige Loch im Welthandel“ zukünftig geschlossen wird (vgl. www.dw-world.de)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

76. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, warum die Mittel aus dem Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien in 2011 nicht vollständig abgerufen wurden, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit künftig die Fördergelder abgerufen werden?

77. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was passiert mit den nicht abgerufenen Mitteln aus dem Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien aus 2011, und sind sie in das Jahr 2012 übertragbar?

78. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für den Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. für das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus aktuellen Gutachten des Sachverständigenrates für Wirtschaft und der Monopolkommission, insbesondere auch zur Frage eines Quotensystems?

79. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung nach der Energiewende nach der Atomkatastrophe von Fukushima das gleiche Ausbauziel in Höhe von 35 Prozent wie vor der Atomkatastrophe zum Zeitpunkt der Laufzeitverlängerung hat, und falls nein, wieso wurde der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung für erneuerbare Energie nach der Neuausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung nach der Atomkatastrophe von Fukushima nicht nach oben angepasst?

80. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Aufträge an Kommissionen, Sachverständige oder Gutachter hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in dieser Wahlperiode bezüglich des Atommülllagers Asse erteilt (bitte mit Datum, kurzer Beschreibung und Finanzvolumen angeben; vgl. hierzu in Plenarprotokoll 17/154 Anlage 30 den gänzlich unbeantworteten zweiten Teil meiner damaligen Mündlichen Frage), und weshalb hat das BMU der Entsorgungskommission (ESK) für den Beratungsauftrag zum Atommülllager Asse vom 20. Januar 2012 keinen Abgabetermin für die ESK-Stellungnahme vorgegeben – insbesondere vor dem Hintergrund des Zeitdrucks, unter dem das Rückholungsprojekt steht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

81. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welches weitere Vorgehen bezüglich der Entscheidungsfindung über den Abtransport oder Verbleib der 152 Castor-Behälter auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich wurde jüngst zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen konkret vereinbart (bitte auch mit Angabe von Meilensteinen, Zeitschienen o. Ä.), und welche Rolle sollen dabei jeweils die drei beteiligten Akteure Bund, Land und Forschungszentrum Jülich innehaben?

82. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Welche wissenschaftlich fundierten Bedrohungsszenarien liegen dem neuen nationalen Sicherheitsforschungsprogramm zugrunde?

83. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Wie viele Personen, die zuvor in Landesministerien im Land Baden-Württemberg beschäftigt waren, haben im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 1. Januar 2012 eine Beschäftigung bei einem Projektträger, der der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung untersteht, aufgenommen?

84. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Inwieweit beabsichtigt das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die bisherige Abordnung von Personal von Projektträgern ins Bundesministerium für Bildung und Forschung, in andere Formen des Personaleinsatzes von Dritten – unter Angabe der Zahl der Abordnungen in 2011, des ggf. jeweils für 2012 und 2013 vorgesehenen Umfangs des Personaleinsatzes von Externen, der dafür ggf. in 2012 vorgehaltenen Mittel sowie der nach der Neuvergabe der Projektträgerschaften dafür ggf. zur Anwendung kommenden arbeitsrechtlichen Grundlagen – umzuwandeln, und in welchen Referaten kamen bzw. kommen die bislang abgeordneten Beschäftigten im Einzelnen zum Einsatz?

85. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung – vor dem Hintergrund des Kernergebnisses aus ihrem letzten Bologna-Bericht, wonach im Jahr 2007 41 Prozent der im Ausland erworbenen Studienleistungen hierzulande anerkannt wurden – vor, wie sich seitdem die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen an den deutschen Hochschulen entwickelt hat?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333